

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Nachrichten  
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft  
für die Reichshauptstadt  
Schlesienstr. 10  
Dresden - K. L. Kurlandstr. 10/11

Bezugspreis bei halbjährlicher Bestellung monatlich 2,40 RM. (einschließlich 20 % U. Z. Zinsen), durch Postweg 2,40 RM. einschließlich 20 % U. Z. Zinsen bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pf., außerorts 15 Pf. Anzeigenpreis: Die einseitige 20 mm breite Zeile 25 Pf., für außerorts 40 Pf. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., außerorts 25 Pf., die 90 mm breite Zeile 40 Pf., außerorts 50 Pf. Offertengelder 20 Pf. Kurzfristige Kustoden gegen Verzinsung

Druck u. Verlag: Reich & Reichardt,  
Dresden, Postfach-Nr. 1048 Dresden  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Dresdn. Nachr.) zulässig. Unbefugte  
Schreibweise werden nicht aufbewahrt

## Das Ausland zum Regierungsprogramm

### Präsident Hoover gegen Tributrevision

New York, 1. Okt. Das Finanzprogramm erregt hier großes Aufsehen. Allgemein wird es als „das umfassendste und kühnste Reformprogramm gekennzeichnet, das je das Reichskabinett entworfen hat“. In der Presse wird jedoch unterstrichen, daß lediglich der Druck härtester wirtschaftlicher Notwendigkeit ein derart verzweifeltes Unterfangen rechtfertige, dessen Gelingen noch völlig ungewiß sei. Dem „Journal of Commerce“ zufolge wird in Washingtoner politischen Kreisen erklärt, das vorliegende Reformprogramm gehe weit über alle Sparvorschläge und Warnungen Partes Gilberts hinaus.

Die Einschränkungspolitik der Reichsregierung begegne in Washington um so härterer Anteilnahme, als sie unter dem Gesichtswinkel des gesamten Reparationsproblems betrachtet werde. Prominente Amerikaner, wie beispielsweise Senator Waller, die Europa besucht haben, seien mit der Heberzeugung heimgekehrt, daß verschiedene europäische Mächte Deutschland zu veranlassen suchten, Schritte zugunsten der Herabsetzung der Schuldenlast zu unternehmen und damit Vorspanndienste für die Revisionswünsche der Alliierten zu leisten.

Hoover betonte jedoch wiederholt, daß auf einem normalen Eingang der Schuldentilgungen nicht verzichtet werden könne, weshalb er auch gegen jede Diskussion der Revisionsfrage sei.

Auf den gleichen Grundlinien widersetzte sich Hoover vielfach der angekündigten Zusammenkunft zwischen den Vertretern der Federal Reserve Bank und denen der europäischen Notenbanken, deren Besuch wie der des Reichspräsidenten Dr. Brücker demnach erzwungen wurde.

### Guter Eindruck in England

London, 1. Oktober. Die Vorschläge des deutschen Kabinetts zur Sanierung der Finanzen haben in England im allgemeinen einen guten Eindruck gemacht. Die „Times“ sagt, daß dieses Programm im Vergleich zu den bisherigen Methoden leerer Versprechungen vom wirtschaftlichen Standpunkt wohl Vertrauen einflößen könne. Zweifelhaft sei aber, ob die politischen Verhältnisse, unter denen es durchgeführt werden sollte, eine tatsächliche Verwirklichung erlauben. Der „Daily Telegraph“ nennt die Pläne der Regierung großzügig, glaubt aber, daß sie einen Sturm der Opposition im Reichstag auslösen. „Daily Mail“ rechnet damit, daß dieses Finanzprogramm dazu führen werde, daß Deutschland von einem Rückschlag mit diktatorischen Vollmachten regiert werde. Auch der „Daily Herald“ vertritt die Ansicht, daß das Finanzprogramm nicht auf parlamentarischem Wege durchgeführt werden könne.

### Starkes Aufsehen in Paris

Paris, 1. Okt. Das Finanzprogramm der deutschen Regierung hat in der Pariser Presse großes Aufsehen erregt. Vorläufig fehlen noch eingehende Kommentare, jedoch darf man längere Ausführungen darüber erwarten. Das „Paris Midi“ betont, daß Programm werde zweifellos nicht dazu beitragen, eine Mehrheitsbildung für die Regierung Brünning zu erleichtern.

### Befriedigung der Banken

Berlin, 1. Okt. (Fig. Drahtber.) Hervorragende Wirtschaftsführer und leitende Persönlichkeiten der Weltbank äußern übereinstimmend Befriedigung über das Re-

gierungsprogramm. Angesichts der schweren Krise, in der sich Industrie und Handel befinden, müsse die Wirtschaft, so lautet das übereinstimmende Urteil, im großen und ganzen den Plänen der Regierung zustimmen. Der starke Wille zum

### Zu Hindenburgs 83. Geburtstag

Zum sechsten Male während seiner Präsidentschaft bringt heute das deutsche Volk dem geliebten Reichsoberhaupt seine Geburtstagswünsche dar. Sie treffen ihn nicht in der Reichshauptstadt, sondern in Dietramszell, seinem oberbayerischen Ruheort, wohin sich Hindenburg begeben hat, um leute Kundgebungen und Geburtstagsfeierlichkeiten zu vermeiden und um von dort aus seinem alten Waffengefährten im Osten, dem Prinzen Leopold von Bayern, die letzte Ehre zu erweisen. Nicht weniger herzlich sind darum die Wünsche, die ihm alle seine Anhänger aus der Ferne entbieten. Denn die Wünsche, die ihm gelten, decken sich mit denen für Deutschland und sein Wohlergehen.

Ein schweres Lebensjahr, an Last der Verantwortung und der Sorgen nur mit den schwersten Zeiten des Krieges zu vergleichen, ist für Hindenburg heute abgeschlossen. Es hat ihn vor bittere Entscheidungen gestellt, bei denen es der ganzen Charakterfestigkeit und des vollen Pflichtgefühls des alten Soldaten bedurfte, um sich durchzusetzen. Und das Schwere mag für ihn dabei gewesen sein, daß er durch den Zwang der Verhältnisse manchmal im Gegensatz zu denen geriet, die ihn am meisten verehrt und als den Mann ihres Vertrauens, als Führer, wie im Kriege so auch im Frieden, auf den Schild erhoben hatten. Ueber alle Wellengänge der politischen Erregung hinweg aber hat die Liebe standgehalten, die in allen deutschen Herzen für Hindenburg schlägt. Und gerade jetzt, wo die Unsicherheit wieder um sich greift, wo Staat und Volk von den schwersten Gefahren bedroht sind und das bisherige Regierungssystem endgültig abgewirksam hat, richten sich alle Augen wieder auf Hindenburg in dem Vertrauen, daß er, wenn alle versagen, doch den rechten Weg finden wird, der aus der vaterländischen Not und Verzweiflung wieder hinausführt zum Lichte und zur Freiheit. Daß ihm dieser Wunsch seines Wirkens noch vergönnt sein möge, daß er das deutsche Staatschiff aus dem tobenden Sturme noch mit kräftiger Hand in den sicheren Hafen steuert, das ist der innigste Wunsch, der uns heute mit ihm verbindet.

Sparen, der aus dem Programm spricht, werde vor allem das Vertrauen zu den deutschen Rentenpapieren wieder herstellen und besonders auf das Ausland einen beruhigenden Einfluß ausüben. Bei den Banken seien schon im Laufe des heutigen Vormittags viele Anfragen ausländischer Geschäftsfreunde eingelaufen, die sich wieder für deutsche Renten interessieren. Die Frage, ob die parlamentarische Durchführung des Sanierungsplans schließlich gelingen werde, wird mit einem gewissen Optimismus beantwortet, da das Programm in seinen wichtigsten Punkten selbst den extremen Parteien keine allzu großen Angriffsflächen biete.

## Ein serbisches Munitionslager explodiert

### Nicht Tote, 14 Verletzte

Belgrad, 1. Oktober. Nahe der Stadt Schwegbelin an der südslawisch-griechischen Grenze explodierte ein südslawisches Munitionslager. Bisher wurden 8 Tote und 14 Verwundete unter dem Militär und der Einwohnerschaft gezählt, doch vermutet man, daß die Zahl der Opfer größer ist. Hunderte von Bewohnern Schwegbelins flüchteten sich auf griechisches Gebiet und berichten, daß man sich dem Explosionsherd nicht zu nähern wage, weil dort immer noch Geschosse aufliegen. Angeblich soll eine Wache durch eine brennende Zigarette das Unglück verursacht haben. Nach einer anderen Meldung handelt es sich um einen Anschlag bulgarischer Romitaschi.

### 8000 Chinesen niedergemetzelt

Peking, 1. Okt. Die Stadt Sibien, im südlichen Teil der Provinz Kansu, wurde vor einem Monat von einer großen Räuberbande angegriffen. Die Bewohner der Stadt leisteten verzweifelten Widerstand, waren aber nach vierwöchiger Belagerung so erschöpft, daß die Räuber in die Stadt eindringen konnten. Die züchteten unter der Bevölkerung ein fürchterliches Blutbad an. Nach vier vorliegenden Berichten wurden 8000 der Einwohner niedergemetzelt. Nur die jungen Mädchen blieben verschont und wurden von den Räubern verschleppt.

### Fünf Opfer bei einem Autounfall

Genin, 1. Okt. Eine Anzahl Schauspieler, die bisher am Apollotheater in Düsseldorf beschäftigt waren, befanden sich mit dem Auto auf der Fahrt nach Berlin, um dort ihr neues Engagement anzutreten. Vor dem Ort Parthen fuhr das Auto aus nicht bekannter Ursache so heftig gegen einen Lastkraftwagen mit Anhänger, daß es in Stücke zerfiel. Die Schauspieler Dannhofer und Niedermeier wurden auf der Stelle getötet. Die Damen Maria Schindel, Katharina Klutze und Emma Schmitt wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

### Der Oesterreichische Nationalrat aufgelöst

Wien, 1. Okt. Bundespräsident Miklas hat am Mittwoch gemäß einem Beschluß des Ministerrats den Nationalrat aufgelöst. Für die Neuwahlen ist der 9. November in Aussicht genommen.

Bundeskanzler Bounoin hat an den deutschen Reichskanzler Dr. Brüning folgendes Telegramm gerichtet: „Anlässlich der Übernahme der Regierungsgeschäfte der Republik Oesterreich entbiete ich Ihnen, Herr Reichskanzler, meine aufrichtigsten Grüße und verbinde damit die Versicherung, daß ich, gleich meinen Amtsvorgängern, in der Pflege und Vertiefung der innigen und brüderlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich eine meiner vornehmsten und mir am meisten am Herzen liegenden Aufgaben erblicke.“

### Städte in Not

Man hat bisher noch nicht gehört, daß eine Stadt freiwillig die Staatsaufsicht beantragt hätte. So groß oft die finanziellen Schwierigkeiten wurden, so wenig man oft vor dem Defizit aus und ein wußte, aber freiwilliger Verzicht auf das Recht der Selbstverwaltung, das wäre das letzte. Bis zum bitteren Ende war es der Stolz der Städte, aus eigener Kraft zu wirtschaften. Nun haben wir auch ein entgegengesetztes Beispiel. Die Stadt Ogen hat freiwillig die Staatsregierung um die Entsendung eines Regierungskommissars, der die Sanierungsmaßnahmen zur Abdeckung eines Defizits von 3,8 Millionen einleiten solle. Wie groß die Not sein muß, geht am schlagendsten wohl daraus hervor, daß die städtische Beamtenschaft sich freiwillig zu einem hochherzigen Notopfer für die bedrängte Stadt entschloß. Wohin wir blicken, sind die Städte in Not. Apolda unter Staatsaufsicht. Berlin in neuer Bedrängnis. Dresden hat ein fünf-Millionen-Defizit, über dessen Deckung die Gemeindefamille diktatorisch beschließen soll, weil die Stadtverordneten neue Steuern für nicht tragbar halten.

Wir haben auf dem Städtetag, der in der vergangenen Woche in Dresden tagte, die Wünsche und die Sorgen der Städte gehört. Die Führer der Gemeinden haben ihre Not geklagt, und man hat nicht mit Vorwürfen gegen das Reich geparat. In der Hauptsache hat man dabei für die Not der Gemeinden das starke Anwachsen der Fürsorgeempfänger verantwortlich gemacht. Man hat darauf hingewiesen, daß das Reich nur die Kosten für die Hälfte der Erwerbslosen trage. 1,4 Millionen von 2,9 Millionen Menschen ohne Arbeit ging zu Lasten der Gemeinden. Die Städte verlangten, das Reich solle die gesamten Kosten tragen. Man forderte dabei vom Reich alle möglichen Weidner, aber über die Sorgen des Reiches gerbrach man sich nicht die Köpfe. Für den fallischen Aufbau der Arbeitslosenversicherung wurde die Reichsbürokratie verantwortlich gemacht, die von der kommunalen Praxis keine Ahnung hätte. Aber man vergaß zu sagen, wieviele führende Köpfe des Reichsarbeitsministeriums gerade aus der kommunalen Laufbahn kommen.

Dem objektiven Beschauer stellen sich diese Dinge ganz anders dar. Gewiß ist es richtig, daß die Städte durch die gesteigerten Fürsorgekosten in eine schwere Bedrängnis geraten sind. Aber sie sind in diese Bedrängnis geraten, weil sie auch in verhältnismäßig guten Jahren zu verhältnismäßig gelebt haben und schon damals nicht daran dachten, die Steuerkraft ihrer Bürger zu schonen und auf kostspielige Schuldentilgung zu verzichten. Es muß mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, daß viele Gemeinden auch heute noch die Schwierigkeiten ohne einschneidende Steuermaßnahmen und ohne Verzicht auf die Selbstverwaltung meistern könnten, wenn sie nicht in einer hohen Zinsenlast erstickten würden. Hätte Dresden beispielsweise nicht seit der Inflation eine Schuldenlast von 240 Millionen aufgenommen, die heute eine jährliche Verzinsung von fast 24 Millionen Mark erfordert, so hätten wir eben rein rechnerisch statt 5 Millionen Mark Defizit 19 Millionen Mark Uebererschuß. Und das trotz der gesteigerten Fürsorgekosten, die den Gemeinden jetzt finanziell die Lebensluft abspüren. Ein ähnliches Bild sehen wir in anderen Städten, die sich gleichfalls in finanzieller Bedrängnis befinden. Ja, so könnte man uns einwenden, die Schuldenlast der Gemeinden ist doch ein Zeichen dafür, daß es ihnen bereits vor dem großen Ansteigen der Fürsorgeempfänger schon finanziell so schlecht ging, daß sie Schulden machen mußten. Das ist aber unrichtig. Die Verantwortlichen Leiter der Gemeindefinanzen haben ihre Schulden nicht aus dem Bedürfnis der dringenden Notwendigkeit heraus gemacht, sondern weil man seit der Erbschmerzigen Finanzreform, die die Städte ihrer Finanzhoheit beraubte und zu Kostgängern des Reiches und der Länder machte, sich in dem Glauben wiegte, daß derjenige viel bekommt, der viel verbraucht. Man machte Schulden, nicht weil man Schulden machen mußte, sondern weil man hoffte, auf diese Weise höhere Staatszuschüsse zu erhalten, und weil man der Ansicht war, durch dieses Druckmittel des freiwilligen Schuldenmachens bei einem kommenden Finanzausgleich besser abzuschneiden. Es kam in den Jahren 1924 bis 1930 zu der grotesken Erscheinung, daß viele Kommunen ängstlich darüber machten, ob sie nicht durch ihre Raubborgemeinden im Geldausgeben in den Schatten gestellt wurden. Der Dresdner Finanzdeputierter, Bürgermeister Bahner, hat in dankenswerter Offenheit in seiner letzten Sitzungsrede erklärt, Dresden könne sich den Luxus weiterer Schuldentilgung nicht mehr gestatten, weil sich die Hoffnungen auf einen besseren Finanzausgleich jetzt endgültig als vergeblich erwiesen hätten.

Nun könnte man sich ja mit der bisherigen Schuldenwirtschaft der Städte wohl oder übel abfinden, wenn die geborgten Kapitalien einigermaßen nützlichem angelegt worden wären. Aber die Kommunen haben davon leider einen denkbar schlechten Gebrauch gemacht. Die Ursache dafür liegt darin, daß die meisten Städte von roten Kapitalhäusern beherrscht sind, die nun einmal in wirtschaftlichen Dingen jeden Weltblick vermissen lassen. Man war stolz auf den Bau modernster Krankenhäuser und Häuser, auf großartige Schulpaläste, leuchtendes, obwohl wir durch den starken Geburtenrückgang einen empfindlichen Rückgang an schulpflichtigen Kindern zu verzeichnen hatten. Fast keine Stadt, die sich nicht ein ebenso kostspieliges, wie